



Stuttgart 21 Appell an Bahn-Aufsichtsrat

Das Aktionsbündnis gegen Stuttgart 21 fordert den Aufsichtsrat der Deutschen Bahn auf, „jegliche Erhöhung“ des Finanzrahmens für das Tiefbauprojekt „abzulehnen“. Stattdessen solle die Bahn nun endlich gegenüber ihren Projektpartnern „eine Einigung über sinnvolle, kostensparende Alternativen zu S21“ anstreben, heißt es in einem Brief. Wenn die Bahn-Spitze jetzt nicht umsteuere, gerate sie „stärker denn je in

das Fahrwasser strafbarer Untreue“, sagt der Sprecher der S21-Gegner, Eisenhart von Loeper.

Nach einem neuen internen Gutachten muss die Bahn für den Bau des Tiefbahnhofs mit Kosten von 7,6 Milliarden Euro rechnen, dazu kommt ein Risikopuffer von 500 Millionen Euro. Zuletzt hatte der Aufsichtsrat im März 2013 den Finanzrahmen auf 6,5 Milliarden Euro angehoben. Der neue Kosten- und Zeitplan soll am 13. Dezember im Aufsichtsrat besprochen und Ende Januar beschlossen werden. hip

Bundespolizei Bewerbergespräche nur mit Waffe

Bundespolizisten sollen sich in Gesprächen mit Bewerbern besser schützen. Vor wenigen Wochen stellte sich in der Bundespolizei-Akademie in Lübeck ein junger Mann vor, der angeblich Polizist werden wollte. Im Auswahlverfahren fiel er mit kruden Ansichten auf; inhaftierte Dschihadisten pries er als Märtyrer. Eine Überprüfung ergab, dass er bereits wegen Körperverletzung aufgefallen war.

Ein Begleiter gab sich als Mitarbeiter des Bundesnachrichtendienstes aus und zeigte einen gefälschten Dienstaussweis vor. Der vermeintliche Agent ließ sich nicht ermitteln – niemand hatte seine

Personalien notiert. Der Präsident der Akademie ordnete an, dass Einstellungsberater künftig bewaffnet sein sollten. Allerdings sei es nicht ratsam, in jedem Bewerber einen Gefährder zu sehen. jdl



BUNDESPOLIZEI

Werbung der Bundespolizei

Paragraf 219a Werbung nicht länger verbieten

Berlins Justizsenator Dirk Behrendt bereitet eine Bundesratsinitiative zur Abschaffung des Paragrafen 219a des Strafgesetzbuchs vor, der „Werbung für den Abbruch der Schwangerschaft“ verbietet. „Der Paragraf erschwert Frauen den Zugang zu Informationen und kriminalisiert die Ärzteschaft“, sagt der Grünenpolitiker. Er schlägt

dem Berliner Senat nun eine Bundesratsinitiative vor; sie soll Anfang des Jahres in die Länderkammer eingebracht werden und den politischen Druck erhöhen. Vergangene Woche war eine Ärztin zu einer Geldstrafe verurteilt worden, weil sie auf ihrer Website auch „Schwangerschaftsabbruch“ als Tätigkeit aufführt. Im Bundestag bereiten Politiker von SPD und Grünen jeweils Anträge vor, die Linke hat einen solchen bereits eingereicht. akm

Glyphosat „Chemische Kontrolle“

Die Deutsche Bahn hat in diesem Jahr 65,4 Tonnen Glyphosat verbraucht und ist vermutlich erneut größter Einzelabnehmer des umstrittenen Unkrautvernichtungsmittels. Es werde zur „chemischen Vegetationskontrolle“ auf dem Schienennetz ausgebracht, heißt es in einer Antwort der Bundesregierung auf eine Anfrage des SPD-Abgeordneten Sören Bartol. Die Bahn sucht nach Alternativen

und experimentiert unter anderem mit Strom, um Pflanzen auf dem Schotterbett zu verbrennen. Noch stehe aber „kein alternatives Verfahren zur Verfügung“, räumt die Regierung ein. Der Bund ist alleiniger Anteilseigner der Bahn. „Der Einsatz von Glyphosat muss bei der Deutschen Bahn ein Ende haben, weil es die Gesundheit der Menschen gefährdet“, sagt SPD-Verkehrsexperte Bartol. Das Verkehrsministerium solle der Bahn bei der Entwicklung einer Alternative helfen. gt

Zeitgeschichte „Törichte Arbeit“

Saul Friedländer, israelischer Historiker, kritisiert das Institut für Zeitgeschichte (IfZ) scharf für dessen wissenschaftliche Edition von Hitlers „Mein Kampf“. Die IfZ-Historiker hätten durch ihre umfangreichen Anmerkungen eine „Exegese“ des Buches betrieben. Das sei eine „törichte Arbeit“. Schließlich habe Hitler gemeint, was er schrieb. „Mein Kampf“ sei entsprechend von vielen „überaus ernst genommen worden“. Es sei „grotesk“, ein Werk auszulegen, das „viele Opas und Omas zur Hochzeit geschenkt erhielten und das noch immer auf deutschen Dachböden lagert“. Friedländer moniert zudem die Gestaltung des IfZ-Best-

sellers als „verführerisch“ („zwei prachtvolle Bände“) und spottet über den Anmerkungsapparat: Nun wisse er, dass in der Ausgabe von 1944 „Totenkranz“ durch „Totentanz“ ersetzt worden sei.

Der Auschwitz-Überlebende Friedländer zählt zu den weltweit führenden Holocaust-Experten; er ist Träger des Pulitzerpreises und des Friedenspreises des Deutschen Buchhandels. Besonders irritiert ihn der Verkaufserfolg. Warum gibt es in der Bundesrepublik, so fragt er, „das unstillbare Bedürfnis nach ‚Mein Kampf‘?“ Das IfZ hat bislang 89 000 Exemplare verkauft. Friedländers Kritik findet sich im neuen Buch des Londoner IfZ-Kritikers Jeremy Adler „Das absolut Böse“, erschienen im Donat Verlag. klw